

# SVP *ja*

SVP

UDC

**Freiwilliger Abo-Beitrag**  
Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Die Zeitung des Mittelstandes

# Staatskinder? Nein!

Staatliche Zwangsversicherungen wie die AHV oder die IV sichern gegen Schicksalsschläge wie Invalidität oder Todesfälle ab. Kinder zu bekommen jedoch, ist kein Schicksalsschlag, sondern ein freudiges Ereignis. Es darf nicht Aufgabe des Staates sein, die Geburt von Kindern zu finanzieren. Aus diesem Grund ist die neue Mutterschaftsversicherung abzulehnen - denn wir wollen keine Staatskinder! **Seiten 3 - 4**



## Bestehende Sozialversicherungen sichern!

Seite 4

Nationalrat und Unternehmer Peter Spuhler zur staatlich bezahlten Mutterschaftsversicherung

## Weder Handschellen noch "Poststeuer"!

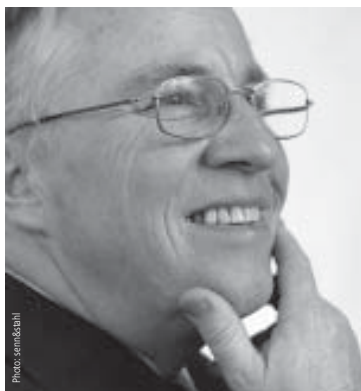
Seite 5

Nationalrat Simon Schenk erklärt, warum die Post-Initiative abgelehnt werden muss.

## Schweizer Pass verschenken?

Seite 7

Nationalrat und Fraktionspräsident Caspar Baader zu den beiden Einbürgerungsvorlagen.



## Die Attraktivität der Schweiz als Asylland senken

Kurz nach der Sommerpause hat der Bundesrat im Asylbereich einen richtungsweisenden Entscheid getroffen: Er hat neun von elf meiner Ergänzungs- und Änderungsanträge zur Asylgesetz-Revision gutgeheissen und damit den Weg zur Beseitigung der heutigen Missstände im Asylbereich geebnet.

Ich bedauere, dass ausgerechnet jene zwei Änderungsvorschläge, an denen den Kantonen viel gelegen hätte - die Durchsetzungshaft und die Streichung der humanitären Aufnahme - im Bundesrat keine Mehrheit fanden. In diesen Bereichen müssen nun Alternativen gesucht werden, um die Nöte der Kantone, welche die Vollzugsprobleme ja ausbaden, zu lindern. Doch auch die übrigen neun Vorschläge wie beispielsweise die verlängerte Maximaldauer der Ausschaffungshaft oder die Streichung der Sozialhilfe für abgewiesene Asylsuchende tragen zu einer deutlichen Verbesserung der derzeitigen Situation im Asylbereich bei. Werden sie so umgesetzt, wie ich es beantragt habe, führen sie einerseits zu weniger Asylgesuchen, denn die Verschärfungen werden sich herumsprechen. Zudem haben die Kantone eine bessere Handhabe, damit all jene, die kein Recht haben, sich in der Schweiz aufzuhalten, unser Land auch wieder verlassen. Mit dem Beschluss des Bundesrats ist der erste Schritt getan. Nun folgen die Beratungen im Parlament. Ich werde versuchen, den Massnahmen in beiden Räten zum Durchbruch zu verhelfen. Gelingt dies nicht, werden die Erfolgchancen von Volksinitiativen entsprechend steigen.

Das Grundanliegen unserer Asylpolitik muss sein, all jenen, die unseren Schutz benötigen, diesen zu gewähren. Dies bleibt auch mit den neuen Massnahmen unverändert. Doch all jene, die kein Recht auf einen Aufenthalt in der Schweiz haben, müssen unser Land wieder verlassen. Dies soll mit den neuen Massnahmen wirkungsvoll durchgesetzt werden. Die Attraktivität der Schweiz als Asylland muss ein für alle Mal gesenkt werden.

**Bundesrat Christoph Blocher**



**Schweizer  
Qualität** 

**Standpunkt**

Die SVP zog in die letzten Wahlen mit dem Slogan „Schweizer Qualität“. Dieses Bekenntnis beinhaltet das Versprechen, sich für jene Stärken einzusetzen, die das Qualitätsgütesiegel Schweiz ausmachen: Freiheit, Unabhängigkeit, Förderalismus, direkte Demokratie, Sicherheit, tiefe Steuern, geordnete Staatsrechnungen, Rechtssicherheit usw.

Schweizer Qualität mag auf den ersten Blick banal tönen. Aber in einer Zeit, in der alle anderen Parteien getreu dem Zeitgeist genau diese Standortvorteile verraten, hat sich die SVP ein hohes und anspruchsvolles Ziel gesteckt, mit dem Wissen, meist gegen alle anderen anzutreten. Das Versprechen, sich für Schweizer Qualität einzusetzen, ist auch ein Bekenntnis für die schweizerischen Besonderheiten und Identität zu kämpfen. Aus Sicht der Wähler steht am kommenden 26. September die Glaubwürdigkeit der SVP auf dem Prüfstand. Wir haben versprochen, uns gegen neue oder höhere Steuern, Gebühren und Abgaben einzusetzen. Die Mutterschaftsversicherung ist ein neues Sozialwerk. Das können wir uns nicht leisten und schon in Kürze werden dafür Steuererhöhungen notwendig. Wer hier - auch aus den eigenen Reihen zustimmt um selbst profitieren zu können, handelt kurzsichtig und vor allem zu Lasten kommender Generationen. Ein klares Nein ist die konsequente Antwort.

Auch bei den beiden Einbürgerungsvorlagen ist die SVP an ihre wohlüberlegten Versprechen der Wahlplattform gebunden. Nur fünf Schuljahre genügen als Kriterium nicht, um erleichtert eingebürgert zu werden. Wer Rechte und Pflichten übernehmen will, soll in unserem Land integriert sein und die Gepflogenheiten kennen. Wir tun weder den Schweizer Bürgern noch den jungen Ausländern einen Dienst, wenn wir Fristen und Entscheidungsschritte verkürzen. Ebenso lehnt die SVP die automatische Einbürgerung bei der Geburt ab. Die beiden Vorschläge würden zu einer Masseneinbürgerung führen. Selbst der vorsichtige Bundesrat rechnet mit mindestens zusätzlich 10'000 Einbürgerungen pro Jahr. Gegen diese Masseneinbürgerung - nur um die Zahlen in der Ausländerstatistik zu schönen - setzen wir uns zur Wehr. Wir wollen nicht einbürgern um zu integrieren, sondern wir bürgern ein, wer integriert ist. Die Mogelpackung des Bundesrates ist abzulehnen. Schweizer Qualität gemäss unserer Wahlplattform umsetzen heisst am 26. September vier Mal ein Nein in die Urne zu legen.

**Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz**



## Ein weiterer Schritt in Richtung Diskriminierung

**Die vorgeschlagene Änderung der Erwerbssersatzordnung, mit welcher u.a. für erwerbstätige Frauen ein Lohnersatz bei Mutterschaft eingeführt werden soll, weckt zwar zahlreiche Hoffnungen, hält aber einer näheren Betrachtung nicht stand: Sie verspricht den Arbeitgebern tiefere Kosten und den erwerbstätigen Frauen eine bessere Position in der Arbeitswelt.**

Wie sieht es wirklich aus: 85 Prozent der beruflich tätigen Frauen stehen gegenwärtig im Genuss eines bezahlten Mutterschaftsurlaubs, der entweder – in der Privatwirtschaft – in einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) oder – im öffentlichen Dienst – in einer eidgenössischen, kantonalen oder kommunalen Reglementierung festgeschrieben ist. Dieses System ist ohne staatliche Intervention zustande gekommen, und es funktioniert.

### Bumerang für die Frauen

Die Gesetzesrevision sieht einen Erwerbssersatz bei Mutterschaft von 80 Prozent des Lohnes während 14 Wochen vor, der von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern paritätisch finanziert wird. Voraussetzung ist, dass die betreffende Frau während mindestens 5 Monaten im gleichen Unternehmen gearbeitet hat. Das heisst auch, dass eine Frau angestellt werden könnte, wenn sie schwanger ist und von ihrer Schwangerschaft auch weiss. Seien wir ehrlich: Welcher Unternehmen würde unter solchen Umständen eine Frau einstellen? Für beruflich tätige Frauen wirkt sich die vorgeschlagene Gesetzesänderung also bereits in diesem Punkt negativ aus.

Fahren wir mit der Analyse fort: Wenn die Angestellte den Lohnersatz bei Mutterschaft in Anspruch nehmen will, muss sie einen Antrag an ih-

ren Arbeitgeber stellen. Dieser wiederum muss zuhänden seiner Ausgleichskasse einen präzisen Fragebogen ausfüllen. Die Ausgleichskasse schliesslich kümmert sich dann um die Beiträge sowie die Auszahlung des Lohnersatzes. Es liegt auf der Hand, dass die Ausgleichskasse die Kosten für diese administrativen Leistungen dem Arbeitgeber in Rechnung stellen wird. Diese Mehrkosten sind in der vorgeschlagenen Gesetzesrevision nicht berücksichtigt worden. Von einer Erleichterung für die Arbeitgeber kann also keine Rede sein.

### Finanzierung in Frage gestellt

Im weiteren ist die Finanzierung des Projekts bereits im Jahr 2008 mit der Erhöhung der AHV/IV-Beiträge in Frage gestellt. Hinzu kommt, dass der Gesetzesentwurf den Kantonen freie Hand lässt, die Mutterschaftsentschädigungen zu erhöhen. Die einzige Möglichkeit, grosszügigere Leistungen zu finanzieren, besteht in einer weiteren Anhebung der Zusatzbeiträge. Als Alternative steht den Unternehmen allenfalls noch die Möglichkeit offen, eine private Versicherung abzuschliessen. Da die Versicherungsgesellschaft eine Karenzzeit von 14 Wochen festsetzen wird, wird sie also den Lohnersatz erst ab der 15. Woche finanzieren. Die Prämie für eine solche Versicherung kommt dem Arbeitgeber

sehr teuer zu stehen. Er müsste wesentlich mehr berappen als mit dem gegenwärtigen System.

Schlussendlich verspricht das Projekt der berufstätigen Frau eine bessere Vereinbarung des Familien- mit dem Erwerbsleben. Die Verfechter des Projekts verwechseln dabei ganz offensichtlich eine Unterstützung während der Mutterschaft mit einer Massnahme der Familienpolitik, die es der beruflich tätigen Frau ermöglicht, während ihrer Erwerbstätigkeit ihre Kinder zu platzieren. Wenn eine Frau nur unter der Bedingung ein Kind zur Welt bringen kann, dass sie während ihres Mutterschaftsurlaubs auf einen Erwerbssersatz zählen kann, heisst das nichts anderes, als dass diese Frau in finanziellen Schwierigkeiten ist und mit grösster Wahrscheinlichkeit ihre berufliche Tätigkeit nach dem Mutterschaftsurlaub wieder aufnehmen muss. Hier von einer besseren Vereinbarung des Familien- mit dem Erwerbsleben zu sprechen, entbehrt jeglicher Grundlage. Eine solche Überlegung hätte eher zu den Familienunterstützungsmassnahmen Steuerpakets gepasst. Wir erinnern uns noch alle daran, mit welcher Vehemenz diese Massnahmen von den Linksparteien und den Kantonen bekämpft worden sind. Diese Leute stehen nun vor dem Dilemma, den Revisionsentwurf des Erwerbssersatzgesetzes mit den gleichen Argumenten zu unterstützen, mit

denen sie noch vor wenigen Monaten den Familienaspekt des Steuerpakets bekämpft haben.

### Weniger als vorher

Den Unternehmen wird in Zeiten schleppender Wirtschaftsentwicklung wie heute kaum etwas anderes übrig bleiben, als Stellengesuche von jungen Frauen unbesehen in den Papierkorb zu werfen.

Eine allfällige Gutheissung des Projekts würde zudem bedeuten, dass die gegenwärtigen Gesamtarbeitsverträge, die einen bezahlten Mutterschaftsurlaub beinhalten, dem neuen Gesetz angepasst werden müssten. Im Klartext: Die bilateralen Verträge zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaften treten ausser Kraft.

In einem vertragslosen Zustand gibt es keine Garantien für Angestellte, bis wieder ein neues Vertragswerk zustande kommt. Das gilt für Frauen wie für Männer. Dieses Projekt bringt also auch den Status von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Gefahr, die bisher von einem GAV profitiert haben.

Am 26. September muss jede Frau, die will, dass vorab ihre Kompetenzen als Angestellte anerkannt und nicht bloss der Umstand respektiert wird, dass sie eine Frau ist, dieses Projekt ablehnen, denn es hält keines seiner Versprechen. ◀

**Maria Angela Guyot,  
Vizepräsidentin  
der SVP Neuenburg,  
Generalrätin Stadt Neuenburg**



# Die bestehenden Sozialversicherungen sind zu sichern!

Am 26. September 2004 muss die Schweiz zum vierten Mal über eine staatlich bezahlte Mutterschaftsversicherung im Rahmen einer Revision der Erwerbsersatzordnung abstimmen. Die Wirtschaft entledigt sich so zwar gewisser Pflichten und Kosten, längerfristig kommt die Finanzierung aber auf sie zurück.

## Sicherung der Sozialwerke statt Ausbau

Die SVP macht was sie sagt. „Sie lehnt höhere Gebühren, Abgaben und Steuern ab und will den Finanzhaushalt in Ordnung bringen und die bestehenden Sozialwerke zuerst nachhaltig sichern“. Die Ausdehnung der Sozialversicherungen seit 1990 ungeachtet der wirtschaftlichen Entwicklung gibt grossen Anlass zur Sorge. Die Sozialversicherungen belasten heute die Volkswirtschaft mit einem Anteil von 26% des Bruttoinlandproduktes (BIP). Innerhalb von 30 Jahren hat sich diese Sozillastquote mehr als verdoppelt, währenddem das Wirtschaftswachstum praktisch stagnierte. Die Leistungen der Sozialversicherungen sind eine Errungenschaft, die wir erhalten wollen. Dafür ist aber eine finanzielle gesunde Grundlage und eine nachhaltige Sicherung dieser Sozialwerke gefragt und keine neuen Experimente.

## Immer mehr Steuern, Abgaben und Gebühren...

Ein Blick auf die finanzielle Lage der einzelnen Sozialversicherungen zeigt ein sehr düsteres Bild. Die vom Bund vorgeschlagene Kur für die ausgehungerten Kassen ist einseitig: Heute Erhöhung der Mehrwertsteuer und Morgen Erhöhung der Mehrwertsteuer, heute Erhöhung der Lohn-

nebenkosten, morgen Erhöhung der Lohnnebenkosten, heute Erhöhung der Abgaben und Gebühren, morgen Erhöhung der Abgaben und Gebühren...

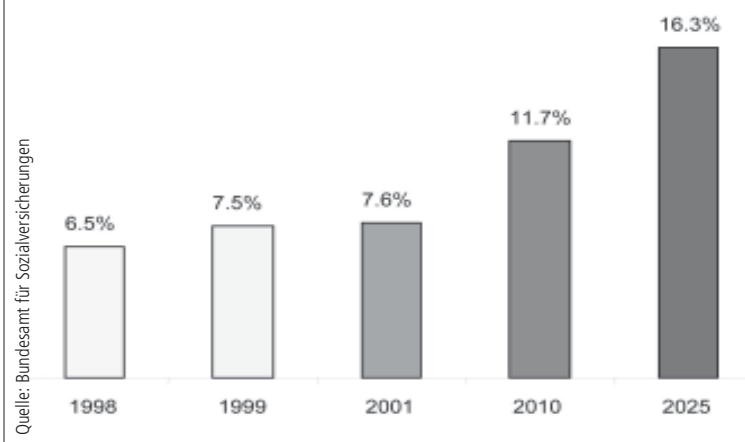
## Mutterschaft ist keine Staatsaufgabe

Was schlägt uns jedoch die neue Mutterschaftsversiche-

## Statt Senken der Lohnnebenkosten weiter Erhöhungen

Die Kasse der Erwerbsersatzordnung verfügt derzeit über Reserven in der Höhe von über CHF 3,5 Milliarden. Diese Kasse soll nun geplündert werden und dieser Akt wird vom Direktor des Gewerbe-

## Ungedeckter Mehrbedarf der Sozialversicherungen, geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer



rung vor: Statt dessen, dass die Beitragssätze der EO gesenkt werden, weitet man einmal mehr, wie dies bei allen Sozialversicherungen in den letzten 30 Jahren geschehen ist, den Kreis der Berechtigten aus. Die EO entgeltet die Militärpflichtigen, die sich für den Schutz unseres Landes einsetzen – eine klar staatliche Aufgabe. Von diesem Schutz profitieren alle, auch die Frauen. Jetzt wird plötzlich das Muttersein in die gleiche staatliche Kategorie wie die Landesverteidigung eingeordnet. Auch dies ist bedenklich.

verbandes Pierre Triponez als eine Entlastung der Wirtschaft verkauft. Aufgrund der dahinsiechenden Wirtschaft hat man in den letzten Jahren versucht, die Lohnnebenkosten in der Schweiz nicht mehr zu erhöhen. Die EO-Beiträge hätten aufgrund der jährlichen Überschüssen gesenkt werden können. Speziell die Situation in Deutschland sollte uns lernen, dass die Höhe der Lohnnebenkosten einen direkten Zusammenhang hat mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer. Da jedoch die EO-Kasse mit ihren CHF 3,5 Mil-

liarden in ungefähr 3 Jahren aufgebraucht sind, müssten ab zirka 2008 die EO-Beiträge angehoben werden und zwar um 0,2 % Punkte.

## Einmal eingeführt, stetig ausgebaut

Obiger Statistik der Entwicklung der Sozialversicherungen kann entnommen werden, dass bis heute jedes Sozialwerk über die Zeitdauer weiter ausgebaut worden ist. Weitere Lohnnebenkosten sind damit bereits vorprogrammiert. Glauben sie ja nicht, dass die Anliegen der Linken und Mitte in unserem Land mit der vorliegenden Deckung der Mutterschaft der ersten vierzehn Wochen befriedigt ist. Vielmehr wird auf die umliegenden europäischen Länder geschickt – 2-jähriger Mutterschaftsurlaub und und und.... Die in der Schweiz diskutierten und von dieser Seite geforderte Massnahmen in Bezug auf die Familienpolitik (Ergänzungsleistungen für Familien und Modell einheitliche Kinderzulagen) belaufen sich auf über 1.5 Milliarden Franken pro Jahr. Und wer soll das bezahlen?

## Verfassungsauftrag ist erfüllt

Der 1945 vom Schweizer Volk gutgeheissene Verfassungsartikel wollte die unmittelbar mit der Mutterschaft entstehenden Kosten (Spitalaufenthalt, Untersuchungen) abdecken. Heute sind diese Kosten längst durch die Krankenkassen gedeckt. Dieser Verfassungsauftrag ist somit erfüllt. Ich hoffe, dass diese Vorlage an der Urne klar abgelehnt wird! ◀

Nationalrat Peter Spuhler,  
Weiningen (TG)



## Weder Handschellen noch "Poststeuer"!

**Die Forderungen der Initiative „Postdienste für alle“ will in der Verfassung festschreiben, was Postgesetz und Postverordnung längst festhalten: Die Post stellt die Grundversorgung mit Post- und Zahlungsdienstleistungen in der gesamten Schweiz sicher.**

Die Initiative zielt jedoch nicht auf die Dienstleistungen der Post, sondern auf das Poststellennetz. Sie malt ein idyllisches Bild vom Posthalter, der die Leute aus dem Dorf kennt und sie in der Poststelle empfängt. Dieses Bild entspricht schon heute vielerorts nicht mehr der Realität.

Es trifft zu, dass die Dienstleistungen der Post nicht mehr überall an einem Postschalter bezogen werden können. Dafür gibt es neue Lösungen, vom Hausdienst über Filialen bis hin zu den Agenturen, in denen Partner der Post das Angebot für ihre Kunden bereithalten. Auch das wird durch Gesetz und Verordnung garantiert.

Niemand muss Angst haben, dass die Post einfach so aus dem Ort verschwindet. Wenn die Post nämlich eine Stelle schliessen will, so muss sie vorgängig die betroffene Gemeinde anhören und eine einvernehmliche Lösung suchen. Gelingt das nicht, kann die Gemeinde die „Kommission Poststellen“ anrufen. Diese vom Bundesrat eingesetzte Kommission prüft den Fall und stellt sicher, dass die Post die Regeln der Postverordnung einhält. Dann gibt sie eine Empfehlung ab. Das Mitspracherecht der Gemeinden ist also bereits garantiert.

Das genügt den Initianten - den Gewerkschaften und dem Konsumentenschutz - allerdings nicht. Sie wollen ihre Forderungen in der Verfassung festschreiben. Sie tun so, als würden sie damit die Post

schützen und im Wettbewerb stärken. Doch das Gegenteil trifft zu: Die Post würde bei einer Annahme der Initiative geschwächt.

Die Bedürfnisse der Postkunden verändern sich. Zwischen 2000 und 2003 sind 27% oder über 500 Mio. Briefe weniger aufgegeben worden. Heute ersetzen Fax und E-Mail den traditionellen Brief. Die Vorteile der neuen Kommunikationsformen nutzen besonders auch Unternehmen, weil sie schneller sind und sich bequem vom Arbeitsplatz aus versenden lassen. Mit der Einführung der elektronischen Signatur wird diese Entwicklung noch verstärkt. Dann lassen sich auch offizielle Dokumente per elektronische Post versenden! Die Jugend, die künftigen Kunden der Post, kommuniziert heute vor allem per SMS. Immer attraktiver wird auch MMS. Damit lassen sich sogar Schnappschüsse aus den Ferien an die Freunde zu Hause verschicken und ersetzen die klassische Ansichtskarte.

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch bei den Paketsendungen und bei den Einzahlungen beobachten. In den Jahren 2000 bis 2003 wurden ganze 32% weniger Pakete aufgegeben und auch die Einzahlungen am Schalter sind rückläufig. Es ist zu erwarten, dass in Zukunft die elektronische Zahlung noch mehr genutzt wird.

Wenn die Forderungen der Initianten in der Verfassung festgeschrieben werden, wird die Post massiv daran gehin-

dert, sich diesen neuen Gegebenheiten anzupassen. Sie wird dazu verpflichtet, ein teures und unrentables Poststellennetz zu unterhalten. Die ungedeckten Kosten dieser Infrastruktur haben 2003 gewaltige 460 Mio. Franken betragen.

Die Initiative verlangt eine Subvention durch den Bund, aber zur Auszahlung sagt sie nichts aus. Damit würde eine grosse Unsicherheit bestehen, ob und in welcher Höhe die ungedeckten Kosten des Poststellennetzes abgegolten werden. Es darf ganz einfach nicht sein, dass die Post per Verfassung verpflichtet wird, ein Netz aufrecht zu erhalten, das die Post selber als nicht mehr als zeitgemäss und konkurrenzfähig einstuft und diesen Fehlauftrag dann einfach mit einer Art „Poststeuer“ zu finanzieren!

Die Kunden der Post werden auf einem liberalisierten Markt bald einmal auf die günstigeren Dienste der Konkurrenten der Post ausweichen, wenn diese eher ihren Bedürfnissen entsprechen. Wenn die Post einen gewissen Handlungsspielraum hat, kann sie sich viel besser auf diesen Markt einstellen."

Heute werden Geschäft und Gewinne auf dem internationalen Postmarkt gemacht. Längst haben die Konkurrenten der Post auf die veränderte Marktsituation reagiert. Die niederländische Post verfügt mit TNT über einen erstklassigen Logistikdienstleister, der auf dem internationalen Markt absolut konkurrenzfähig ist.



► Nationalrat Simon Schenk, Trubschachen (BE)

Während bei uns Konsumentenschützer und Gewerkschafter jeden noch so kleinen Restrukturierungsschritt der Post bekämpft und verhindert haben, ist auch die Nummer 1 in Europa nicht untätig geblieben. Bereits vor Jahren hat die Deutsche Post das traditionelle Basler Logistikunternehmen Danzas übernommen. Damit verfügt sie heute nicht nur über ein gewaltiges Fachwissen, sondern ist international auch bestens positioniert.

Der Markt entwickelt sich mit den Kunden weiter. Diese Entwicklung wird auch die Initiative nicht aufhalten können. Aber sie wird die Post daran hindern, auf die Herausforderungen zu reagieren. Damit wird sie die Post gegenüber ihren Konkurrenten ins Hintertreffen versetzen. Und irgendwann, nachdem wir Milliarden sinnlos an die nicht mehr in dieser Form benötigte Infrastruktur der Post bezahlt haben, werden die Alarmglocken läuten, weil die Verfassung der Post solange unsinnige Vorschriften gemacht hat, bis es zu spät war. Das muss mit einem klaren NEIN zur unnötigen Initiative verhindert werden! ◀

# Die beiden Einbürgerungsvorlagen gehen zu weit

Die Erleichterung der Einbürgerung jugendlicher Ausländer ist grundsätzlich ein verständliches Anliegen. Dies ist auch der Grund, warum die SVP sich 1994 bei den Befürwortern eines entsprechenden Verfassungsgrundsatzes engagiert hat. Die jetzigen Abstimmungsvorlagen präsentieren sich jedoch als Mogelpakete, hinter die sich die SVP nicht mehr stellen kann.

Es gibt zahlreiche Kinder und Enkel von Einwanderern, die sich als Schweizer fühlen und sich keine andere Heimat als die Schweiz vorstellen können. Diese haben wir vor Augen, wenn wir von der erleichterten Einbürgerungen der zweiten und dritten Generation sprechen. So war es jedenfalls bei der Abstimmung von 1994. Seither hat sich das Bild gewandelt. Die Zahl der Einbürgerungen nimmt stetig zu, die Hürden werden mit jedem Jahr tiefer angesetzt und längst werden Personen eingebürgert, die nicht als integriert bezeichnet werden können. Wen wundert's, dass nun auch die Hürden für jugendliche Ausländerinnen und Ausländer so tief wie möglich angesetzt werden sollen. Es geht heute nicht mehr um die Kinder und Enkel, es geht um Jugendliche generell, die möglichst schnell zu Schweizern gemacht werden sollen.

## Die Vorlage von 1994

Der Verfassungsgrundsatz zur erleichterten Einbürgerung scheiterte 1994 am Ständemehr. Damals ging es darum, dem Bund die Kompetenz zu erteilen, jugendliche Ausländer erleichtert einzubürgern. Integrierte, in unserem Land geborene und aufgewachsene Jugendliche sollten somit in den Genuss eines vereinfachten Verfahrens kommen. Abgestimmt wurde über die Verfassungsänderung. Das darauf beruhende Gesetz sollte nach

der Zustimmung von Volk und Ständen erarbeitet werden. Von einer automatischen Einbürgerung war mit keinem Wort die Rede. Nur knappe 52% des Stimmvolkes befürworteten die Vorlage und 13 Kantone verwarfen. Der Bundesrat ging danach zu einer offensiveren Strategie über und setzte eine Arbeitsgruppe ein, die neue Vorschläge unterbreiten sollte.

## Das jetzige Mogelpaket

Das Resultat dieser Arbeit sehen wir jetzt im vorliegenden Abstimmungspaket. Um möglichst viele jugendliche Ausländerinnen und Ausländer erleichtert einbürgern zu können, wurden die Generationen neu definiert. Aus der ersten Generation wurde die zweite und aus der zweiten Generation die dritte gemacht.

Mit einer der beiden Vorlagen soll sogar ein Automatismus in unser Verfahren eingeführt werden, ein absolutes Novum in unserem Bürgerrecht. Die beiden Vorlagen gehören auf Grund der Definition der Generationen eng zusammen. Man kann also nicht zur einen Ja und zur anderen Nein sagen. Genau darauf hat auch der Bundesrat gebaut, als er die Vorlagen mit einander verknüpfte.

Wenn man die Entwicklungen in der Politik verfolgt, kommt man leider zum Schluss, dass

es nie bei einer Regelung bleibt, wenn das Potential zu einem Ausbau in die falsche Richtung da ist.

## Automatismen verhindern

Ist der Automatismus im Einbürgerungsverfahren erst mal eingebaut, wird es nicht lange gehen, bis nicht nur unter den festgelegten Bedingungen geborene Kinder bei Geburt automatisch Schweizer werden, sondern bald jedes in der Schweiz geborene Kind. Und in einem späteren Schritt wird man vermutlich darüber diskutieren, ob das Verfahren für Jugendliche bis 18 Jahre nicht gänzlich abzuschaffen ist.

## Bewährtes schweizerisches Staatsverständnis

Die Schweiz ist demokratisch von unten nach oben aufgebaut. Die Demokratie beginnt in der Gemeinde und dort ist auch das Bürgerrecht verankert. Das Einbürgerungsverfahren spiegelt dies bis heute wieder, indem das Bürgerrecht der Gemeinde erteilt wird und es kein Kantons- und Schweizer Bürgerrecht im eigentlichen Sinn gibt.

Seit einigen Jahren sind wir aber immer häufiger mit Gesetzesrevisionen konfrontiert, die diese bewährte Ordnung ändern und eine Zentralisierung herbeiführen wollen.



► Nationalrat Toni Bortoluzzi, Affoltern am Albis (ZH)

Dies ist auch bei den kommenden Abstimmungen der Fall. Darum müssen wir jetzt diesem unseligen Paket eine Abfuhr erteilen und die Entwicklung in die falsche Richtung stoppen.

Der damalige Bundesrat hat es leider versäumt, eine dem Schweizerischen Staatsverständnis entsprechende Vorlage zu erarbeiten. Er hat den Versuch vorgezogen, die Schweiz einmal mehr etwas europakompatibler zu machen. Das doppelte NEIN ist die Antwort auf die verfehlte Ausrichtung der Vorlagen. ◀

Am  
Anfang  
jeder  
starken  
Werbung  
steht  
das  
Inserat!

Inseratetarif auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch)





## Schweizer Pass verschenken?

Wer sich einbürgern lassen will, wird dies künftig zu geringen Kanzleigebühen tun können. Die einstigen Einkaufssummen fallen weg. Damit werden Einbürgerungen für jede und jeden erschwinglich und zwar völlig unabhängig vom Abstimmungsausgang am 26. September. So hat es das Parlament beschlossen. Es gibt damit kaum mehr Einbürgerungs-Hürden für jugendliche Ausländerinnen und Ausländer.

Trotz dieser voraussichtlich 2006 in Kraft tretenden massiven Erleichterung der Einbürgerung kämpft die Befürworterseite für die beiden Mogelpackungen vom 26. September als wäre das Einbürgerungsverfahren in der Schweiz heute eine Zumutung. Wenn dem so wäre, stünden wir mit unserer Einbürgerungsquote kaum an der Spitze Europas.

### Verfahren laufend vereinfacht

Das Einbürgerungsverfahren ist in den letzten Jahren laufend vereinfacht worden. So zählen beispielsweise bereits heute die Jahre zwischen dem 10. und 20. Altersjahr für die Wohnsitzfrist doppelt, womit jugendliche Ausländer dieses Kriterium leichter erfüllen können. Etliche Kantone haben darüber hinaus weitere Erleichterungen für Jugendliche geschaffen (AR, BS, BE, FR, GE, GL, GR, JU, NE, SO, TI, VD, ZH, ZG). Sie folgten damit den Bedürfnissen in ihren Kantonen. Dies bedeutet aber umgekehrt nicht, dass gesamtschweizerisch ein solches Bedürfnis nach weiteren Erleichterungen besteht. Offensichtlich entspricht es auch nicht einem breiten Bedürfnis seitens der Ausländerinnen und Ausländer. Jedenfalls gibt es eine Vielzahl unter ihnen, die – obwohl sie die Bedingungen schon heute erfüllen – nicht planen, die Schweizer Bürgerschaft zu beantragen, namentlich die EU-Bürger.

Würden sich alle Jugendlichen einbürgern, welche die Kriterien der Vorlagen erfüllen, wären es auf einen Schlag 116'970 Personen!

### Einbürgerungs-offensive für die Statistik

Wichtigster Anlass der Einbürgerungsoffensive der Linken und Mitteparteien ist der wachsende Unmut über den Ausländeranteil, welcher in unserem Land Jahr für Jahr neue Rekordhöhen erklimmt und gegenwärtig bei 20,2 % liegt. Mit den Vorlagen würde der Ausländeranteil gemäss einer Studie von Avenir Suisse bis 2025 auf 17,5 Prozent sinken, sofern die Einwanderung nicht noch stärker zunimmt. Da aber die Zahl der Einbürgerungen auch ohne diese Vorlage nach heutigem Recht weiterhin steigen wird, wird von der Studie bis 2025 eine Reduktion des Ausländeranteils auf 19,5% prognostiziert.

Nachdem aber der Migrationsdruck weiterhin ansteigt, wird die Schweiz bei Fortführung der katastrophalen Asyl- und Migrationspolitik der letzten Jahre auch in Zukunft einen Spitzenplatz sowohl beim Ausländeranteil wie auch bei der Zahl der Einbürgerungen pro Kopf der Bevölkerung einnehmen. Dringlich ist deshalb nicht die geplante Steigerung der Einbürgerungsquote, sondern die rasche Umsetzung eines griffigen und restriktiven Asyl- und

Ausländergesetzes.

### Abwertung des Bürgerrechts

Ziel der Befürworter ist es aber nicht nur, die Statistiken zu beschönigen. Es geht ganz allgemein darum, die Staatsbürgerschaft abzuwerten. Die Offensive reiht sich nahtlos in die stetigen Versuche verschiedenster Seite, das Einbürgerungsverfahren zu einem Verwaltungsakt zu degradieren und die Grenzen aufzuheben, um die Schweiz in die EU zu führen. Aus den demokratischen Rechten und dem bewährten föderalistischen System unsers Landes soll letztlich eine Region von EU-Bürgerinnen und Bürgern werden. Regionalisierung und Zentralisierung heissen die Zauberworte der anderen Parteien. Bei dieser Auflösung der Willensnation Schweiz macht die SVP nicht mit.

### Einbürgerung ist nicht Integrationsförderung

Der Schweizer Pass soll am Ende eines Integrationsprozesses stehen. Es ist eine Illusion zu glauben, ausländische Kinder und Jugendliche würden sich schneller integrieren, wenn sie leichter oder gar automatisch zur Schweizer Staatsbürgerschaft kämen. Wichtig sind nicht die Papiere, sondern das Umfeld, in dem die Kinder aufwachsen. Die Familie ist somit der ent-



► Nationalrat Caspar Baader, Gelterkinden (BL)

scheidende Faktor bei der Förderung der Integration, dort erfolgt die Erziehung des Kindes. Die Schule bildet dagegen lediglich aus. Es ist daher für den Grad der Integration wenig aussagekräftig, wenn ein Kind 5 Jahre der obligatorischen Schulzeit in der Schweiz absolviert hat. Die auf der Schulzeit basierende Vorlage des Bundesrates für die erleichterte Einbürgerung ist somit völlig untauglich. Dasselbe gilt für die automatische Einbürgerung bei Geburt, wenn lediglich an einen Elternteil das Erfordernis der 5 Schuljahre gestellt wird.

Auf die trügerischen Einbürgerungsvorlagen vom 26. September gibt es nur eine Antwort: Ein klares doppeltes Nein. Ansonsten laufen wir in eine politische Richtung, die für unsere Demokratie gravierende Folgen haben dürfte. ◀

Inserat

Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre

„Das Erfolgsgeheimnis“

gibt Auskunft. Sofort anfordern!

Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland



## Zürisee-Schiffahrt mit Nationalrat Toni Bortoluzzi

**Spaghetti-Plausch  
mit verschiedenen  
Saucen, Salat und Dessert**

**Dienstag, 7. September 2004  
19.30 Uhr, Schiffsteg Erlenbach**

**Die Platzzahl ist beschränkt.**

Die Anmeldungen werden nach Zahlungseingang berücksichtigt  
(SVP Bezirk Meilen, PC 80-52149-0, Vermerk: Schiff).

Kontaktadresse: Kantonsrätin Theres Weber, Bergli, Uetikon am See,  
Telefon 044 920 09 05, Fax 044 920 67 22, E-Mail: t.f.weber@pop.agri.ch.  
Parkplätze: Schifflande, Friedhof, Dorf kern  
oder Gemeindehaus Seestrasse 59.

## Vielen Dank für Ihre Unterstützung!



Die Erwartungen an die stärkste politische Kraft in unserem Land sind unverändert hoch: Wichtige Volksabstimmungen, parlamentarische Vorstösse und pointierte Stellungnahmen - auch in diesem Jahr ist die SVP in vielen Bereichen gefordert und muss grosse Anstrengungen unternehmen, um ihre politischen Ziele erreichen zu können. Es ist unsere Aufgabe, alles daran zu setzen, die berechtigten

Erwartungen des Volkes zu erfüllen und das Programm der SVP erfolgreich durchzusetzen.

Eine informative und aktuelle Parteizeitung ist die Grundlage, um alle Mitglieder und Sympathisanten der SVP stets auf dem Laufenden zu halten. Die Produktion und der Vertrieb dieser Zeitung ist mit hohen Kosten verbunden. Deshalb liegt dieser Ausgabe ein Einzahlungsschein bei. Wiederum haben Sie so die Möglichkeit, einen freiwilligen Abonnementsbeitrag oder eine Spende zu überweisen. Wie üblich garantieren wir Ihnen, dass Ihr Beitrag vollumfänglich für die Parteizeitung SVPja eingesetzt wird.

**Selbstverständlich ist es auch immer möglich, die SVP-Parteizeitung mit einem Inserat zu unterstützen. Die aktuellen Inseratpreise finden Sie auf unserer Homepage [www.svp.ch](http://www.svp.ch).**



**Massen-  
Einbürgerung?**

**2xNEIN**  
zu den Einbürgerungsvorlagen

**SVP**



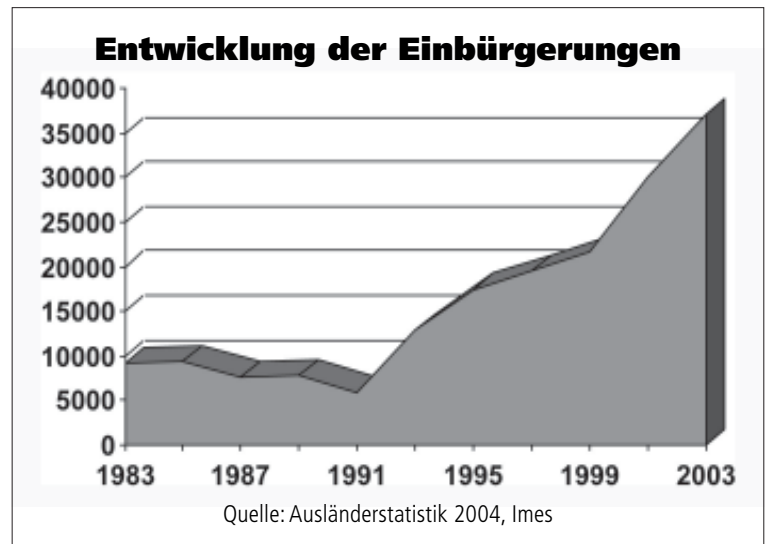


# Einbürgerungszahlen schnellen in die Höhe

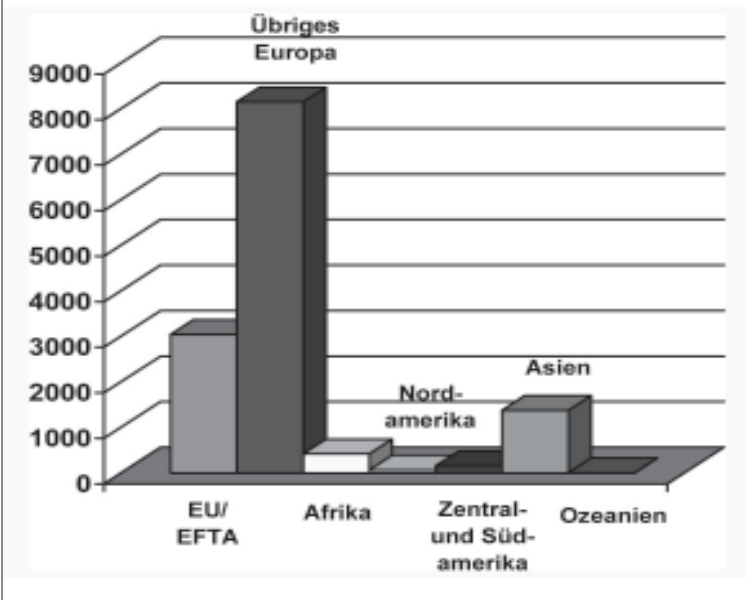
Die Zahl der Einbürgerungen für das erste Halbjahr 2004 weist erneut Rekordhöhe auf. Von Januar bis Juni 2004 wurden 17'027 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert. Trotz der massiven Steigerung der Zahl wird in der Schweiz immer noch von einer restriktiven Einbürgerungspraxis gesprochen.

Seit 1991 hat sich die Zahl der Einbürgerungen vervielfacht. Für dieses Jahr ist ein neuer Rekord zu erwarten. Dabei stehen nicht mehr Einbürgerungen von EU-Bürgern im Vordergrund. An der Spitze sind nicht mehr die Italiener,

sondern Staatsangehörige von Serbien und Montenegro. In logischer Folge der Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung wächst auch die Zahl der Nationen, deren Staatsangehörige eingebürgert werden.



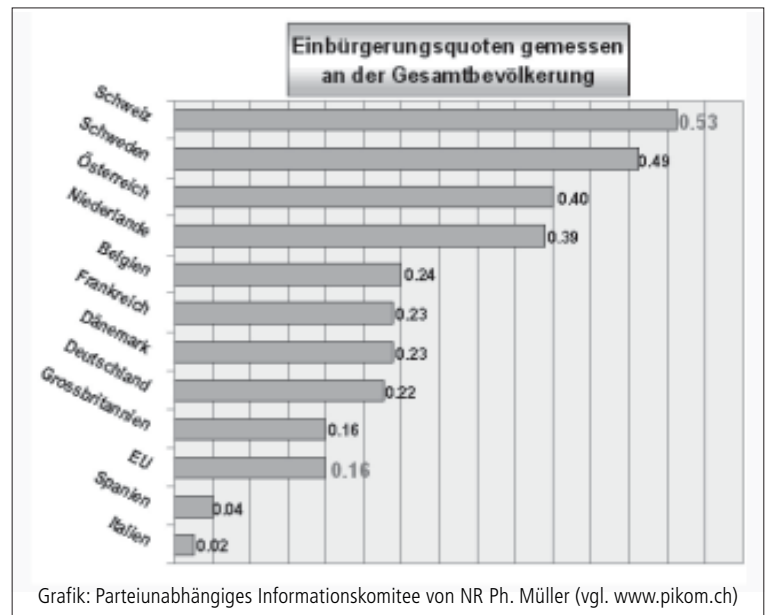
## Nationenrangliste Januar bis Juni 2004



## Wohnbevölkerung wächst

Der Einbürgerung ist es auch zuzuschreiben, dass die Schweizer Bevölkerung immer noch stetig weiter wächst obwohl wir inzwischen die 7 Millionen-Grenze überschrit-

ten haben. 1960 waren es noch 5,3 Millionen Menschen. Seit damals hat sich der Ausländeranteil verdreifacht und die Zahl der Einbürgerungen vervielfacht. Kein Wunder nehmen wir bei den Einbürgerungen pro Kopf der Bevölkerung in Europa einen Spitzenplatz ein.



Von den Befürwortern wird diese Rechnung zwar angezweifelt. International rechnet man nicht pro Kopf der Bevölkerung, sondern auf die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer. Mit anderen Worten, je höher die Zahl der Aus-

länder, desto kleiner scheint die Zahl der Einbürgerungen. Eigentlich eine einfache Rechnung, aber ungern zugegeben von den Gegnern der SVP. ◀

**Aliki M. Panayides,**  
stv. Generalsekretärin SVP

# Kinder, Frauen, Männer und Senioren wollen sich ohne Angst auf die Strasse trauen können!

**Jahr für Jahr nimmt die Ausländerkriminalität zu.** Jahr für Jahr müssen unsere Kinder, Frauen, Männer und Senioren unter der zunehmenden Gewalt durch ausländische Kriminelle leiden. Immer öfter bedrohen Kriminaltouristen unser Eigentum, unser Leib und Leben.

Immer dreister gehen kriminelle Asylanten ihren verbrecherischen Geschäften nach, verwandeln Asylzentren in Höhlen der organisierten Kriminalität.

Ausländische Drogendealer schrecken nicht davor zurück, unseren Kindern auf dem Schulweg oder auf dem Pausenplatz Rauschgift aufzudrängen.

Immer öfter werden unsere Buben und Mädchen auf Spielplätzen und in Freizeitanlagen von ausländischen Banden bedrängt und systematisch geplagt.

**Und das sind die Folgen.** Immer mehr Menschen fühlen sich zunehmend fremd im eigenen Land. Die Angst und Unsicherheit unter der einheimischen Bevölkerung wächst. Ganze Strassenzüge oder Quartiere werden zu eigentlichen «No-Go-Areas», in die sich selbst die Polizei nur mit Verstärkung hineintraut. Die Schweizer Gefängnisse sind voll mit ausländischen Kriminellen, für die unsere mit hart verdienten Steuergeldern bezahlten Luxusgefängnisse schon lange keine Abschreckung mehr darstellen.

**Und was machen Politik und Parlament?** Statt die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger Ernst zu nehmen und das Ausländer- und Asylgesetz zu verschärfen, lässt der Nationalrat die Bevölkerung im Stich und beschliesst wieder nur Halbheiten. Das muss endlich aufhören!

## Herr Bundesrat Blocher, sorgen Sie wieder für Sicherheit und Ordnung in der Schweiz!

### Jugendliche Räuberbande ausgehoben

Der Jugenddienst der Kantonspolizei Zürich hat eine im Raum Niederglatt und Umgebung 18tägige 12-köpfige Verbrecherbande überführt. In der Zeit von Dezember 2002 bis Juni 2003 verübte die Gruppe 40 Delikte. Darunter 17 Raubdelikte, Erpressungen, Körperverletzungen sowie sexuelle Nötigungen. Die Bande machte dabei Beute von mehreren Tausend Franken.

Am 11. Juni 2003 erstattete eine Mutter Anzeige, da ihr Sohn mehrmals und seit Monaten erpresst und beraubt worden sein soll. Das ging soweit, dass der Junge ohne Wissen der Eltern Geld von Bankomaten bezogen hatte und so den Tätern rund 4000 Franken abgefordert haben soll. Die Polizeilichen Recherchen zeigten, dass weitere 16 Jugendliche Opfer der Bande wurden. Mehrfach wurden sie grundlos geschlagen, mussten ihre Portemonnaies zeigen, Marihuana übergeben oder den Erpressern die Mafas überlassen. Bei zwei 14-jährigen Mädchen kam es zudem zu sexuellen Übergriffen.

Von den in der Region wohnhaften 13 bis 17-jährigen Tätern stammen neun aus Serbien und Monte Negro, je einer aus Somalia, Mazedonien und der Schweiz. Als Tatmotive geben die Jungtäter Machtgier, Langeweile, Geldmangel und vor allem die Beschaffung von Marihuana, an.

Eine Vielzahl der Opfer konsumierte selber Marihuana. Angst vor Repressalien sowie dem Eingeständnis vor die Eltern brachte sie über die Überfälle zu sprechen.

### Vier Einbrecher nach Fahndung festgenommen.

Dank der Aufmerksamkeit eines Anwohners konnten Patrouillen der Stadt- und Kantonspolizei Zürich am frühen Mittwochmorgen (21.04.2004) in Zürich und Zumikon vier Männer verhaften, welche nach verübtem Einbruch in einen Garagenbetrieb in Erlach mit zwei Autos Richtung Zürich unterwegs waren.

Gegen 04.00 Uhr wählte ein Anwohner die Notrufnummer 117 und schilderte dem Disponenten der Einsatzzentrale der Kantonspolizei, dass vier junge Männer gegenbetriebl. ein Auto in Erlach in einen Garagenbetrieb verbrachten und mit zwei Autos Richtung Zürich wegfahren. Der Disponent orientierte sogleich die Funk- und Notrufzentrale der Stadtpolizei Zürich. Notrufpolizei und Einsatzkräfte der beiden Polizeikörper verständigten in der Folge ihre Patrouillen. Bereits wenige Minuten später verorteten Kantonspolizisten eines der gesuchten Autos in Zuzwil anzuhalten und die beiden Zeugen zu verhaften. Den städtischen Kollegen gelang es praktisch gleichzeitig, das zweite Auto am Stadtrand zu stoppen. Die beiden Autos wurden ebenfalls anzuhalten. In einem der beiden Autos kam ein Einbruchswerkzeug und Hartgeld in sicherer Weise zu Tage. Das Geld stammt vermutlich aus dem in Erlach aufgetauchten Automaten der Autowaschanlage.

Drei der Verhafteten stammen aus Serbien-Montenegro, der Vierte ist Spanier. Sie sind zwischen 19 und 27 Jahre alt.

### Zwei Asylbewerber mit Deliktsgut verhaftet

Am Dienstagsmorgen (04.05.2004) haben Bahnpolizisten im Hauptbahnhof Zürich zwei Leute aus der Mongolei kontrolliert. In den Effekten der beiden Asylbewerber wurden vier neue Videokameras gefunden. Die Arrestanten wurden anschliessend der Kantonspolizei Zürich überstellt. Die Abklärungen ergaben, dass die Kameras aus einem Diebstahl zum Nachteil eines Elektronikfachgeschäftes in Dietikon stammen. Der 36-jährige Mann und seine 24-jährige Partnerin wurden der Bezirksanwaltschaft Zürich zugeführt.

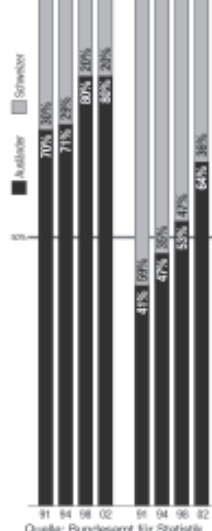
### Mord vor Asylbewerberunterkunft

Büch. - In Büch SZ wurde am Donnerstag 4.7.03 ein Georgier ermordet. Der Tatgescheh am 22.30 Uhr vor der Asylbewerberunterkunft. Als eine Polizeipatrouille wenige Minuten später erschien, bedrohten die Asylbewerber die Beamten und drängten sie wieder zurück. Laut Kantonspolizei Zürich schlug einer der Männer die Heckscheibe des Patrouillenwagens ein. Nicht besser erging es der Ambulance: Die Täter bedrohten die Retter bei den Erste-Hilfe-Leistungen. Erst ein grösseres Polizeiaufgebot konnte die Gruppe beruhigen.

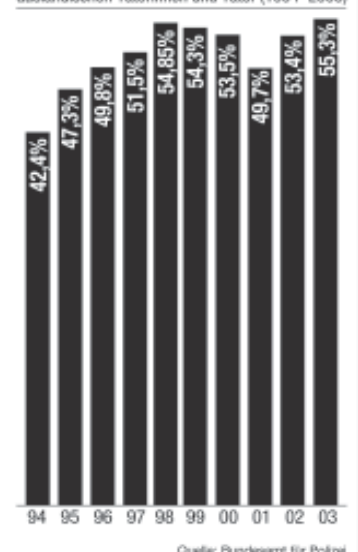
**Kriminelle Ausländer überfüllen unsere Gefängnisse. Das kostet uns Steuerzahler rund Fr. 500'000 pro Jahr und Häftling!**

**Jetzt reicht's: Ausländerkriminalität auf dem Höchststand!**

Massen an 4 Stichtagen, nach Nationalrat Untersuchungsausschuss



Prozentanteil der in der Schweiz ermittelten ausländischen Täterinnen und Täter (1994-2003)



### Durchgangszentrum für Asylsuchende durchsucht

Die Kantonspolizei Zürich hat am Mittwochmorgen (7.5.2003) zusammen mit Angehörigen der Gemeindepolizisten Thalwil und Oberrieden in Thalwil das Durchgangszentrum für Asylsuchende kontrolliert und dabei drei Personen festgenommen und Bargeld, Betäubungsmittel und Sachwerte konfisziert.

Die Unterkunft und die zirka 65 Anwesenden wurden zwischen 06.15 und 09.15 Uhr von den Polizisten einer Kontrolle unterzogen. Bei einem 18-jährigen Mann aus Burundi wurden 17 Fingerringe + 12 Gramm Betäubungsmittel und einige hundert Franken Bargeld und bei einem 22 Jahre alten Sudanese 1'400 Franken, in kleiner Stückelung, konfisziert. Ein 19-jähriger Sudanese hatte einen Fotoapparat im Wert von 2'300 Franken im Zimmer, welcher aus einem Schaufensterbruch in St. Gallen stammt. Die drei Männer wurden der zuständigen Amtsstelle zugeführt. Im weiteren wurden in einem Zimmer diverse exklusive italienische Markenschuhe und Kleider festgestellt und konfisziert.

### Mutmasslicher Drogenhändler verhaftet

Detective der Kantonspolizei Zürich haben am Donnerstagvormittag (06.05.2004) in Wetzikon einen 23-jährigen Asylbewerber aus Nigeria wegen Verdachts des Handelns mit Betäubungsmitteln festgenommen. Aufgrund von einschlägigen Beobachtungen führten die Polizisten am Wohnort des Nigerianers eine Hausdurchsuchung durch. Dabei konnten 15 Gramm Kokain in Perleform, drei Mobiltelefone und Bargeld in kleiner Stückelung, gefunden werden. Der Verhaftete bestreitet, im Drogenhandel tätig zu sein. Er wurde der Bezirksanwaltschaft Hinweis zugeführt.

**JA! Politik interessiert mich! Ich möchte der Jungen SVP beitreten**

Aktivmitglied  Passivmitglied  Gönner

Schicken Sie mir bitte einen Einzahlungsschein für eine Spende an weitere Inserate

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_  
 Strasse: \_\_\_\_\_ PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_  
 Geb.-Dat.: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_  
 Talon einlösend: Junge SVP Schweiz, Postfach 6803 Bern, oder per Fax an: 031 358 71 49

JSPV Schweiz  
 www.jsvp.ch  
 info@jsvp.ch  
 PC: 30-22 329-2





# Extrem wichtige Abstimmungen vor der Tür!

**Je globaler die Welt wird, desto mehr entscheidet die Aussenpolitik, ob wir unseren Wohlstand halten können. Deshalb sind die nächsten Monate extrem wichtig. Nach dem EWR und den "Bilateralen Verträgen I" stehen die dritt wichtigsten Abstimmungen seit dem 2. Weltkrieg vor der Tür.**

Die "Bilateralen Verträge II" haben neun Dossiers, wovon es sich bei sechs nur um weniger wichtige oder sogar völlig unbedeutende Ergänzungen der "Bilateralen Verträge I" handelt (Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Statistik, Ruhegehälter, Bildung, Umwelt und Medien).

Es verbleiben die drei wichtigen Dossiers „Zinsbesteuerung“, „Betrugsbekämpfung“ und „Schengen/Dublin“. Die EU hatte von der Schweiz in den Bereichen Zinsbesteuerung und Betrugsbekämpfung neue Regelungen gefordert. Unsere Regierung liess sich auf Verhandlungen ein, verlange dabei aber im Gegenzug die Mitgliedschaft beim EU-internen „Schengen-Vertrag“.

### **Achtung auf den „freien Personenverkehr“!**

Es ist Zufall, dass wir zeitgleich über ein weiteres Thema zu befinden haben, das nichts mit den „Bilateralen II“ zu tun hat. In den "Bilateralen Verträgen I" haben wir mit den 15 alten EU-Staaten die "Personenfreizügigkeit" (also das Recht auf freie Einwanderung) vereinbart. Da am 1.5.2004 zehn neue Staaten der EU beigetreten sind, müssen wir entscheiden, ob diese Personenfreizügigkeit auszuweiten sei. Zur Zeit drehen sich die aussenpolitischen Diskussionen fast nur um die „Bilateralen II“, die Personenfreizügigkeit wird vergessen. Völlig zu Unrecht! Wenn EU-Erweiterungen automatisch freie Einwanderung aus neu-

en Ländern in die Schweiz zur Folge haben, wird dies langfristig viel grössere Auswirkungen auf unser Land haben als die „Bilateralen II“.

### **Bilaterale Verträge ja – aber nur ausgewogene**

Ein EU-Beitritt würde das Ende unserer direkten Demokratie und der Selbständigkeit der Schweiz bedeuten; ein „Alleingang“ ohne Verträge mit der EU ist und war nie ein Thema. Die SVP hat seit jeher den Mittelweg gefordert, nämlich dass die Schweiz mit bilateralen Verträgen die nötige enge Zusammenarbeit mit der EU regeln muss.

Das kann aber nie heissen, dass wir alle bilaterale Verträge akzeptieren müssen, unabhängig von der Qualität. In Frage kommen nur solche, die für unser Land vorteilhaft sind. Es ist das Normalste der Welt, dass nur Verträge abgeschlossen werden, die beiden Seiten etwas bringen. Und genau hier liegt das Problem bei den „Bilateralen II“: die Schweiz macht zu Gunsten der EU Konzessionen, für die sie keine angemessene Gegenleistung erhält.

### **„Schengen-Dublin“ liegt nicht im Interesse der Schweiz**

Die Dossiers Zinsbesteuerung und Betrugsbekämpfung liegen klar im Interesse der EU. Es ist weltweit einmalig, dass ein Land (die Schweiz) für das Ausland (für die EU) Steuern erhebt und diese ans Ausland weiterleitet. Nun behauptet

der Bundesrat, die Schweiz erhalte durch den Beitritt zu „Schengen-Dublin“ eine wertvolle Gegenleistung. Doch das stimmt nicht. Schengen bringt nicht Sicherheit, sondern das Gegenteil, da die Personenkontrollen an der Grenze abgeschafft werden. Das Bankkundengeheimnis wird trotz gegenteiligen Aussagen gefährdet. Die Probleme unserer Asylpolitik werden mit Sicherheit nicht durch ein solches Abkommen mit der EU gelöst. Und vor allem bringt Schengen einen gefährlichen Abbau unserer direkten Demokratie, da EU-Recht übernommen werden muss (wichtigste Bereiche der Sicherheit müssen dem EU-Recht unterstellt werden).

Es ist nur gerade fünf Jahre her, dass der Bundesrat deshalb in seiner Botschaft „Bilaterale Abkommen I“ vom 23.6.1999 selbst schrieb, Verhandlungen über Schengen kämen nicht in Frage, weil zu viel Souveränität an die EU abgetreten werden müsste!

Der Salto Mortale des Bundesrats kann nur verstanden werden, wenn man sich vor Augen hält, dass er nach wie vor das „strategische Ziel EU-Beitritt“ verfolgt (dass er der EU für diese nachteiligen Verträge auch noch 1'000 Millionen Franken für die neuen Oststaaten versprach, passt ins Bild).

### **Zwei Referenden nötig**

Der Bundesrat hat uns mit seiner Verhandlungsstrategie in eine sehr schwierige Situa-

tion manövriert. Es war ein schwerer Fehler, für die Zugeständnisse an die EU (Zinsbesteuerung und Betrugsbekämpfung) keine echten Gegenleistungen zu fordern. In sträflicher Weise wurde verpasst, unsere dringenden Anliegen (freier Nordanflug auf den Flughafen Zürich, Korrektur des Landverkehrsabkommens mit den Lastwagenlawinen etc.) mit den „Bilateralen II“ zu verknüpfen.

Gewisse Fehler sind kaum mehr korrigierbar. So wie die Dinge gelaufen sind, ist ein Referendum gegen die „Zinsbesteuerung / Betrugsbekämpfung“ unrealistisch. Also wird die EU mit den „Bilateralen II“ so oder so bevorteilt (die EU pickt die Rosinen; wir schlucken die Kröten). Um so mehr dürfen und müssen wir uns erlauben, wenigstens „Schengen-Dublin“ und den „freien Personenverkehr“ mit einem Referendum zu bekämpfen. Dafür gibt es nicht nur die oben erwähnten Gründe, sondern auch wichtige parteipolitische Anliegen.

Nur mit einer selbständigen Schweiz mit eigenen, besseren Rahmenbedingungen wird es möglich sein, unseren Wohlstand zu halten. Bei der Aussenpolitik geht es für uns um den „Matchball“. Die SVP ist so gewachsen, weil sie in den letzten zehn Jahren als einzige Partei eine Aussenpolitik gefordert hat, die wirklich im Interesse unserer Bevölkerung liegt, da sie uns die direkte Demokratie, die Selbständigkeit und damit den Wohlstand bewährt. ◀

**Nationalrat Luzi Stamm, Baden (AG)**



# Das Parteiprogramm

In vielen Zeitungen wird derzeit über Parteiprogramme diskutiert. Die SP hat seit über zwanzig Jahren dasselbe – so viel zum Thema „moderne Partei“. Auch die FDP hat ein Programm – aber es ist nicht sicher, ob es noch gilt. Die CVP hat kein Programm – und dies wiederum zum Programm gemacht. Und die SVP?

Es ist eine Qualität des SVP-Programms, dass es a) klar und verständlich ist und b) der Bevölkerung einigermaßen bekannt ist. Man weiss, dass die SVP für eine unab-

hängige und neutrale Schweiz kämpft. Es ist klar, dass die SVP für tiefere Steuern und gegen die ständigen Defizite in den öffentlichen Kassen antritt. Und jedermann weiss,

dass sich die SVP vehement gegen den Asylmissbrauch, Kriminalität und Gewalt einsetzt. Unser Parteiprogramm ist also weder eine billige Pflichtübung noch irgendetwas Dummes, sondern es ist eine handliche Zusammenfassung unserer wichtigsten politischen Grundsätze. Aus diesem Grund beschliesst auch nicht etwa der Vorstand, sondern vielmehr die Delegiertenversammlung über das Parteiprogramm.

Nun gibt es immer wieder Parteiexponenten, welche sich über das Parteiprogramm lustig machen. Regierungsvertreter sagen, sie müssten eben eine „gesamtheitliche“ Politik betreiben – da sei das Parteiprogramm doch etwas zu einfach. Ständeräte sagen, sie hätten eben den Kanton und nicht nur die Partei zu vertreten – für sie sei das Parteiprogramm etwas zu eindimensional. Und letzthin fiel an einer Medienkonferenz gar der Satz, es nütze nichts, wenn man das Parteiprogramm unter der Schädeldecke einge-



▶ Gregor A. Rutz,  
Generalsekretär SVP

pflanzt habe – man würde besser den Verstand einschalten.

Ab solchen Aussagen staunt man. Hat die SVP die Wahlen nicht darum gewonnen, weil sie immer konsequent und geradlinig war? Diese glaubwürdige Politik gilt es auch in Zukunft zu verfolgen. Das Parteiprogramm ist unser Wählerauftrag – nichts mehr und nichts weniger. Vergessen Sie nicht: Wenn Wischi-Waschi beliebt wäre, hätten die CVP und FDP heute je 25% Wähleranteil – und nicht nur die Hälfte davon. ◀

## Herzliche Gratulation!



Das GS-Team gratuliert Chef Gregor A. Rutz und seiner Gattin Beatrix ganz herzlich zur Vermählung.

## Impressum SVPja

**Herausgegeben von der  
Stiftung SVP-Parteizeitung**

**Erscheint 12 Mal im Jahr**

**Verantwortlich für die Redaktion:  
Simon Glauser, stv. Pressesprecher SVP**

**Anzeigenverwaltung:**

Simon Glauser, Telefon 031 300 58 53, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

**Postadresse:**

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26  
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

**Abonnementspreise:**

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-  
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

**Bankverbindung:**

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

**Druck:**

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen  
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

**Adressänderungen:**

siehe Adresse **„Druck“**

## LEGACY 2.0i AWD «SWISS»

Seit Jahren der Kombi-Liebling der Nation. Kein Wunder, bei dem Preis.

Symmetrical AWD (permanent)

4-Zylinder-16V-Leichtmetall-SUBARU-BOXER

1994 cm<sup>3</sup> 137 PS (101 kW) Tempomat

Dual-Range 2x5 Gänge oder 4-Stufen-Automat mit Sportshift®

ABS mit elektronischer Bremskraftverteilung

Fahrer-, Beifahrer- und Seiten-Airbags vorne

Aktive Kopfstützen, Gurtstraffer mit Gurtkraftbegrenzer vorne

Automatische Klimaanlage inkl. Pollenfilter

Radio-CD-Gerät mit 6 Lautsprechern Beheizbare Vordersitze

1649 l Ladevolumen (VDA) Anhängelast (gebremst) 1600 kg

Verbrauch gesamt 7,7l/100 km Kategorie C

Fr. 32'500.- (2x5 Gänge)\* Fr. 34'500.- (Automat)\*

Legacy 2.0i AWD schon ab Fr. 29'900.-\*

[www.subaru.ch](http://www.subaru.ch)



Mister Swiss sein.  
Und trotzdem auf dem Boden bleiben.

+25  
YEARS  
SUBARU  
SWITZERLAND



**JUSTY AWD**, 5-türig  
1,3 l/92 PS  
bis 1,5 l/99 PS  
Fr. 19'950.- bis 20'950.-\*



**IMPREZA AWD**, 4-/5-türig  
1,6 l/95 PS bis  
2,0 l Turbo/265 PS  
Fr. 24'900.- bis 51'200.-\*



**FORESTER AWD**, 5-türig  
2,0 l/125 PS bis  
2,5 l Turbo/210 PS  
Fr. 28'800.- bis 41'800.-\*



**LEGACY AWD**, 4-/5-türig  
2,0 l/137 PS bis  
3,0 l/6 Zyl./245 PS  
Fr. 29'900.- bis 56'000.-\*



**OUTBACK AWD**, 5-türig  
2,5 l/165 PS bis  
3,0 l/6 Zyl./245 PS  
Fr. 39'900.- bis 55'000.-\*



**SUBARU**

Think. Feel. Drive.

SUBARU Schweiz AG, Industriestrasse, 5745 Safenwil, Telefon 062/788 89 00. Subaru-Vertreter: rund 230. MultiLease AG: [www.multilease.ch](http://www.multilease.ch)

\*Unverbindliche Preisempfehlung netto inkl. 7,6% MWST.

## Neu im SVP-Shop:

**Die praktische Sitzungsmappe!**

.....	Expl.	Sitzungsmappe	schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung	Fr. 49.--
.....	Expl.	Sonnenbrille	rot, mit Schweizer Kreuzen und drei versch. Gläsern	Fr. 129.--
.....	Expl.	Pin	Jetzt endlich erhältlich! (ab 10 Stk./Fr. 4.--)	Fr. 5.--
.....	Expl.	Polo-Shirt	<input type="checkbox"/> dunkelblau <input type="checkbox"/> weiss / Grösse ..... (S, M, L, XL, XXL)	Fr. 40.--
.....	Expl.	Post-it	Block à 50 Blatt	Fr. 2.--
.....	Expl.	Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
.....	Expl.	Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
.....	Expl.	Jass	<input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> deutschschweiz	Fr. 3.--
.....	Expl.	Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
.....	Expl.	Kugelschreiber		Fr. 2.50
.....	Expl.	Feuerzeug	nachfüllbar	Fr. 5.--



mit diskreter Logo-Prägung

Name ..... Vorname .....

Adresse ..... PLZ/Ort .....

Telefon ..... Mail .....

Ort ..... Datum ..... Unterschrift .....

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail [gs@svp.ch](mailto:gs@svp.ch)**STADLER**

Cleverer Lösungen auf der Schiene

**Damit Bahnfahrten Spass macht.**

Stadler Bussnang AG  
 CH-9565 Bussnang  
 Telefon +41 (0)71 626 20 20  
 E-Mail [stadler.bussnang@stadlerail.ch](mailto:stadler.bussnang@stadlerail.ch)  
[www.stadlerail.com](http://www.stadlerail.com)







# Neue Prioritäten in der Tourismuspolitik

Alle Tourismuskantone unterstützen die Tourismusedwicklung. Auch der Kanton Bern will seine aktive Rolle im Tourismus weiterführen und schlägt deshalb eine eigenständige gesetzliche Grundlage für den Tourismus vor. Damit bestätigt er, dass der Tourismus ein wichtiger Zweig der bernischen Volkswirtschaft mit erheblichen direkten und indirekten Auswirkungen auf zahlreiche andere Wirtschaftszweige ist.



In den bernischen Tourismusregionen soll es in Zukunft vor allem darum gehen, vorhandene Stärken und Wachstumspotenziale optimal zu nutzen sowie Rahmenbedingungen für eine bessere Service- und Angebotsqualität und damit für eine bessere Rentabilität der Tourismusbetriebe zu schaffen.

## **Tourismuspolitik ist nicht gleich Regionalpolitik**

Tourismuspolitik ist nicht mit Regionalpolitik gleichzusetzen. Die tourismuspolitischen Aktivitäten sollen sowohl auf Bundesebene wie auf kantonaler Ebene immer dort ansetzen, wo touristische Chancen auszumachen sind. Im Kanton Bern sind touristische Potenziale in städtischen und ländlichen Gebieten, auch ausserhalb des Berggebiets zu finden. Tourismuspolitik und Regionalpolitik können und müssen sich ergänzen. Gemeinsames Ziel soll die Stärkung der Wettbewerbsfähig-

keit sein. Trotz der Gemeinsamkeiten sind aber eigenständige Instrumente, wie sie im neuen Tourismusedwicklungsgesetz vorgesehen sind, notwendig. Regionalpolitik verfolgt zusätzliche Ziele, die mit anderen zweckdienlichen Massnahmen und Instrumenten erreicht werden können.

## **Ein Name macht noch keine Marke**

Das neue bernische Tourismusedwicklungsgesetz soll in erster Linie die Wettbewerbsfähigkeit der touristischen Angebote fördern. Dabei spielt das Marketing der touristischen Destinationen eine zentrale Rolle. Ein optimaler Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel setzt jedoch eine marktgerechte Destinationspolitik voraus. Die gegenwärtige Organisation im Kanton Bern scheint noch nicht optimal und die destinationsübergreifende Koordination verbesserungswürdig zu sein. Die Investition in einen neuen Namen macht daraus

noch keine Marke. Der Return on Investment muss deshalb im Auge behalten werden. Entscheidend sind letztlich die Bedürfnisse der Gäste, die sich für einen bestimmten Erlebnisraum interessieren, der weniger durch politische Entscheide als durch seine Ikonen mit internationalem Bekanntheitsgrad geprägt wird.

## **Software benötigt geeignete Hardware – auch im Tourismus**

Der Kanton Bern will auf die explizite Förderung von touristischen Infrastrukturen verzichten. Zur selben Zeit predigt auch der Bund die Abkehr von der Infrastrukturförderung. Dabei ist eine qualitativ gute, marktgerechte touristische Infrastruktur eine wichtige Voraussetzung für den Markterfolg. Das Preis-Leistungs-Verhältnis des touristischen Angebots wird von den Gästen im internationalen Vergleich als ungenügend beurteilt. Da die hohen Produktionskosten auf absehbare Zeit kaum gesenkt werden können und ein Lächeln nicht über erneuerungsbedürftige Anlagen hinweg helfen kann, muss die Infrastrukturförderung auf einem Mindestniveau beibehalten werden, wenn die touristische Schweiz nicht weiter an Wettbewerbsfähigkeit verlieren will. Besonders fatal würden sich pa-



### **Kurzportrait**

Judith Renner-Bach, geboren am 20. Oktober 1953, wohnhaft in Wahlendorf, Gemeinde Meikirch (Amt Aarberg), verheiratet, ausgebildete Betriebswirtschaftlerin und beruflich als Direktorin des Schweizer Tourismusverbandes tätig. Sie ist Vizepräsidentin der SVP Kanton Bern und Mitglied des Zentralvorstandes SVP Schweiz.

ralle laufende Entscheide von Bund und Kanton Bern gegen eine weitere Infrastrukturförderung auswirken.

## **Mittelherkunft = Mittelverwendung**

Der grösste Teil der für den Tourismus zur Verfügung stehenden Mittel wird durch die Tourismusbetriebe, durch weitere Unternehmen, für die der touristische Erfolg von Bedeutung ist, sowie durch Gäste bereit gestellt. Der Kanton Bern selbst finanziert aus allgemeinen Staatsmitteln nur einen geringen Teil der touristischen Entwicklungskosten und übernimmt dabei diejenigen Aufgaben, die kantonale, kantonsübergreifend oder als Verbundaufgabe von Bund und Kantonen zu lösen sind. Alles in allem ein Finanzierungskonzept, das den Berner Tourismus fit machen wird für die Zukunft. ◀



# Eidgenössische Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen»

- ▶ Damit die Stimmbürger weiterhin demokratisch entscheiden können.
- ▶ Damit uns nicht Richter sagen, was wir zu tun haben.
- ▶ Damit nicht irgend welche Funktionäre über die Einbürgerung von Ausländern entscheiden.
- ▶ Damit das Asylproblem nicht via Masseneinbürgerungen «gelöst» wird.

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und gemäss dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff., folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert: **Art. 38 Abs. 4 BV (neu)**

**«Die Stimmberechtigten jeder Gemeinde legen in der Gemeindeordnung fest, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt. Der Entscheid dieses Organs über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts ist endgültig.»**

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton: ..... Postleitzahl: ..... Politische Gemeinde: .....

Nr	Name, Vorname Handschrift, Blockschrift	Geburts- datum	Wohnadresse Strasse, Hausnummer	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle Leer lassen
1					
2					
3					
4					
5					

Ablauf der Sammelfrist: 18. November 2005

Im Bundesblatt veröffentlicht am 18. Mai 2004

**Durch die politische Gemeinde auszufüllen:** Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass oben stehende ..... (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: ..... Amtsstempel  Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson:

Datum: .....  
amtliche Eigenschaft: .....  
eigenhändige Unterschrift: .....

**Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen.**

**Co-Präsidium:** Adrian Amstutz, Nationalrat, Feldenstr., 3655 Sigriswil BE, Otto Laubacher, Nationalrat, Bergstr. 86, 6010 Kriens LU, Christian Miesch, Nationalrat, Ertliweg 12, 4425 Titterten BL, Dr. Ulrich Schläuer, Nationalrat, Webergasse 11, 8416 Flaach ZH, Yvan Perrin, Nationalrat, Les Bolles-du-Temple 37, 2117 La Côte-aux-Fées NE.

**Mitglieder:** Michaël Buffat, Präsident JSVP VD, Rte d'Echallens, 1418 Vuarrens VD, Reto Caprez, Präsident JSVP AG, Stadtbachstr. 20, 5400 Baden, Jean Fattebert, Nationalrat, 1682 Villars-Bramard VD, Hans Fehr, Nationalrat, Salomon Landolt-Weg 34, 8193 Eglisau ZH, Oskar Freysinger, Nationalrat, Crettamalerne, 1965 Savièse VS, Jasmin Hutter, Nationalrätin, Heidenerstr. 35, 9450 Altstätten SG, Alex Kuprecht, Ständerat, Sonnenhof 48, 8808 Pfäffikon SZ, Monika Lienert, Präsidentin JSVP SZ, Breitenstr. 81, 8832 Wilen bei Wollerau, Felix Müri, Nationalrat, Titlisstr. 43, 6020 Emmenbrücke LU, Jacques Pagan, Nationalrat, Rue Crespin 10, 1206 Genève, Dr. Maximilian Reimann, Ständerat, Enzberghöhe 12, 5073 Gipf-Oberfrick AG, Natalie Rickli, Gemeinderätin, Neuwiesenstr. 31, 8400 Winterthur ZH, Ernst Schibli, Nationalrat, Landstr. 22, 8112 Otelfingen ZH, Albert Sigrist, Kantonsrat, Buechholzstr. 7, 6074 Giswil OW, Jürg M. Stauffer, Generalsekretär JSVP, Ittigenstrasse 8, 3063 Ittigen BE, Claudia Stöckli, Gemeinderätin, Steinhauserstr. 46, 6300 Zug, Dr. Pirmin Schwander, Nationalrat, Mosenbachstr. 1, 8853 Lachen SZ, Hansjörg Walter, Nationalrat, Greuthof, 9545 Wängi TG, Walter Wobmann, Nationalrat, Sagigass 9, 5014 Gretzenbach SO, Hermann Weyeneth, Nationalrat, Quellenweg 20, 3303 Jegenstorf BE, Paolo Clemente Wicht, Präsident SVP TI, Casa Miraval, 6986 Curio TI, Angelika Zanolari, Grossrätin, Metzgerstr. 15, 4056 Basel.

**Diese ganze Seite ganz oder teilweise ausgefüllt einsenden an:  
Initiativ-Komitee „Für demokratische Einbürgerungen“ - Postfach 23 - 8416 Flaach**